

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 98 (2023)
Heft: 3

Artikel: Armeefinzen : Verzögerungen liegen nicht drin
Autor: Hess, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1047605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armee финанzen: Verzögerungen liegen nicht drin

Unter dem Eindruck des russischen Einmarsches in die Ukraine vor einem Jahr und aufgrund des seither andauernden brutalen Krieges haben die eidgenössischen Räte, also National- und Ständerat eine gleichlautende Motion an den Bundesrat überwiesen, welche ihn auffordert, das Armeebudget ab 2023 bis 2030 schrittweise auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen.

Fachhof Andreas Hess, Stv. Chefredaktor

Tatsache ist, dass seit 1990 die Armeeaussgaben von jährlich 15,7 Prozent auf 6,8 Prozent der Bundesaussgaben im Jahr 2019 gesenkt worden sind.

Die Motion «Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben» wollte diesem Zustand im März 2022 ein Ende setzen und das Budget auf zukünftig mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festlegen.

Der Bundesrat empfahl daher die Annahme dieser Motion unter der Bedingung, dass die Armeeaussgaben «im Lichte der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes laufend beurteilt werden». Die bundesrätliche Formulierung kommt einem Vorbehalt gleich.

Klarer Auftrag des Parlamentes

Der Nationalrat stimmte am 9. Mai 2022 mit 111 Ja- gegen 79 Nein-Stimmen der Motion zu. Geschlossen gegen die Motion stimmten SP, Grüne und GLP. Am 2. Juni 2022 behandelte die kleine Kammer das Geschäft und stimmte der Motion mit 32:11 Stimmen ebenfalls zu. Ein klarer Auftrag des Parlamentes an den Bundesrat also.

Finanzpolitische Vorentscheide

Am 25. Januar 2023 hat der Bundesrat Vorentscheide für eine ausgeglichene Finanzplanung der kommenden Jahre getroffen. Auch die Armee ist einmal mehr betroffen. Die Ausgaben sollen langsamer als vorgesehen wachsen.

Das Armeebudget soll erst 2035 auf 1 Prozent des BIP erhöht werden.

Für das Jahr 2024 hat der Bundesrat ein Armeebudget von gut 5,6 Milliarden vorgesehen; für die Finanzplanjahre 2025 bis 2026 plant er ein reales Wachstum von 3 Prozent pro Jahr. Dies ist mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zum aktuellen Wachstum. Wichtige beschaffungsreife Vorhaben können damit finanziert werden, schreibt der Bundesrat in seiner Medienmitteilung.

Dringender Erneuerungsbedarf

In ihrem verfassungsmässigen Kernauftrag Verteidigen steht die Schweizer Armee nur

noch auf dem Niveau «Kompetenzerhalt». Zahlreiche Waffensysteme der Bodentruppen, also primär der Artillerie und Infanterie sind veraltet, teils über 50 Jahre alt, und müssen in den kommenden Jahren dringend ersetzt werden. Vorhandene Fähigkeitslücken müssen rasch geschlossen werden.

Bereiche der Logistik und Versorgung der Truppen mit Waffen, Material und Gerät, Munition etc. sind primär auf das Training in Friedenszeiten und Assistenzdienst ausgelegt. Die Schweizer Armee könnte einem militärischen Angriff auf unser Land nur etwa mehrere Wochen, bzw. einige wenige Monate standhalten können.

Aufgebrauchte «Friedensdividende»

Die sogenannte «Friedensdividende» ist längst aufgebraucht. Die Armee wurde in den letzten 20 Jahren in ihren personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen massiv heruntergefahren.

Mitgemeint ist auch der kürzliche Verkauf der Munitionsherstellung im eige-



Bilder: YBS

Die Armee wurde in den letzten 20 Jahren in ihren personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen massiv heruntergefahren.

nen Land an ein ausländisches Unternehmen.

Warnende Worte, insbesondere der Milizverbände bezüglich der massiven Einschnitte bei der Armee durch die zahlreichen politisch gewollten Ab- und Umbauprojekte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurden oft belächelt oder ignoriert.

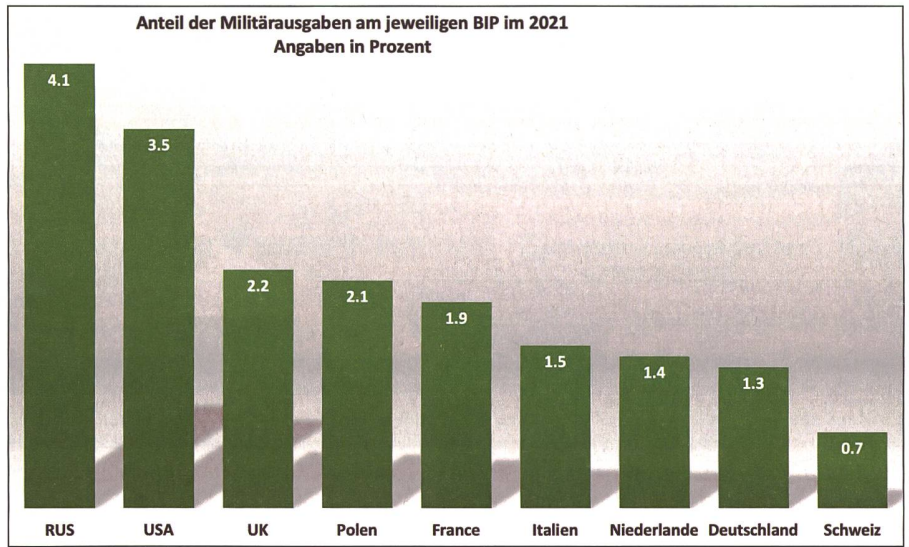
Damals meinten auch bürgerliche Politiker, dass die Armee rechtzeitig mit dem Aufwuchs beginnen würde.

Als Vorwarnzeit solle man mit etwa zehn Jahren rechnen. Heute wissen wir, wie es um die Armee steht. Der Chef der Armee proklamiert unlängst den Aufwuchs der Armee. Zehn Jahre zu spät, auch das ist politisch gewollt.

Verzögerung keine Option

Für den Aargauer FDP-Ständerat und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission Thierry Burkart ist die Hinauszögerung des 1-Prozent-BIP-Zieles bis 2035 keine Option.

«Ich bleibe klar dabei, dass das Armeebudget bis 2030 auf das geforderte eine Prozent des BIP erhöht werden muss», so SR Burkart gegenüber dem SCHWEIZER SOLDAT.



Die Schweizer Ausgaben im Vergleich zu anderen Staaten.

Er sieht einen gewissen Handlungsspielraum, dass die Budgeterhöhung in den kommenden Jahren bis 2030 nicht zwingend linear erfolgen soll. Burkart ist der Überzeugung, dass die bündnisfreie Schweiz in der Lage sein muss, sich selbst zu verteidigen.

Aber auch für allfällige engere Kooperationen muss die Armee fit für die Zukunft gemacht werden, indem die Truppen aufgestockt, Material modernisiert

und die Cyberkapazitäten unseres Landes weiter auf- und ausgebaut werden sollen.

Vorgehen «falsch und schädlich»

Auch Oberst i Gst Stefan Holenstein, Präsident des Verbandes Militärischer Gesellschaften Schweiz VMG stuft in der NZZ am Sonntag vom 19. Februar das Vorgehen des Bundesrates als «falsch und schädlich» ein.

Der VMG, der grösste Zusammenschluss Militärischer Gesellschaften der Schweiz, erwartet vom Parlament eine «unmissverständliche Korrektur» des Bundesratsentscheides.


Mit der Chefin VBS geht der VMG-Präsident hart ins Gericht. Holenstein fordert von Bundesrätin Viola Amherd endlich eine klare sicherheits- und armeerpolitische Vorwärtsstrategie.

Kommentar

Wir können uns keine weiteren Verzögerungen oder Kürzungen bei den Armeeausgaben leisten.

Unser Land ist in der Lage, 1 Prozent des BIP für die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes aufzuwenden.

Es geht um unser Land, unsere Fähigkeit und unseren Willen, glaubwürdig für die bewaffnete Neutralität einzustehen.

Und letztendlich geht es auch um die europäische Solidarität. Also darum, dass die Schweiz ein Zeichen setzt und zeigt, dass unser neutrales Land willens und in der Lage ist, seinen Beitrag an die europäische Sicherheitsarchitektur zu leisten. 



Wir können uns keine weiteren Verzögerungen oder Kürzungen bei den Armeeausgaben leisten.